

„Schausteller genug belastet“

Andreas Pfeffer informiert MdB Erhard Grundl

Zur aktuellen Debatte über Rückzahlungsforderungen gegenüber Schaustellern hat sich Andreas Pfeffer, Vizepräsident des Bundesverbands Deutscher Schausteller und Marktkaufleute, mit MdB Erhard Grundl im Deutschen Bundestag ausgetauscht. Stein des Anstoßes sind die Rückzahlungsforderungen des Bayerischen Wirtschaftsministeriums in Bezug auf die 9000 Euro Corona-Soforthilfe aus dem Jahr 2020.

„Durch die Volksfeste im Sommer und die Weihnachtsmärkte konnten sich viele Betriebe finanziell wieder stabilisieren. Wir sind aber noch weit entfernt von einer Normalsituation“, erklärte Pfeffer. Die massiv gestiegenen Energie- und Spritkosten treffe die Schausteller und Zirkusse nun zusätzlich. „Es geht um die Zukunft von mittelständischen Familienbetrieben, die über viele Generationen mit viel Herzblut das kulturelle Leben im Land bereichert haben.“

Grundl hat als kulturpolitischer Sprecher seiner Fraktion mit vielen solcher Fälle zu tun. „Für die Menschen ging es in der Zeit ohne jegliche Einnahmemöglichkeit um die Frage, wie sie die nächste Monatsmiete oder den nächsten Wochen-einkauf bezahlen können“, so Grundl. Ihnen daraus nun einen Strick zu drehen und für unnötige Belastungen zu sorgen, sei falsch. Natürlich müsse bei Steuergeldern immer genau hingeschaut werden, aber genauso brauche es einen Blick für die wirtschaftliche Lebensrealität.

„Niemand von den Schaustellern und Marktkaufleuten hat sich an der Soforthilfe bereichert“, stellte Pfeffer klar. Er erwarte vom Wirtschaftsministerium ein Entgegenkommen und eine größere Kulanz. Auf eine positive Vollzugsmeldung konnte Pfeffer hinsichtlich der Ent-



Schausteller-Präsident Andreas Pfeffer informierte MdB Erhard Grundl über aktuelle Sorgen. Foto: Gitta Connemann

lastung durch die Strompreisbremse blicken. In der Branche gab es Unklarheiten, ob Schausteller und Zirkusse darunterfallen, da durch die regelmäßig wechselnden Arbeitsorte auch der Energieanbieter wechselt. Eine mögliche Dreimonatsfrist beim Anbieter hätte so nicht eingehalten werden können.

Nun hat Michael Kellner, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und Ansprechpartner der Bundesregierung für die Kulturwirtschaft, klargestellt, dass das Reisegewerbe die Entlastungen der Strompreisbremse in den meisten Fällen erhalten wird. Zusammen mit den Ländern werde intensiv an Härtefallregelungen gearbeitet. -red-